



Miteinander

Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Jahresbericht 2019

Leitbild und Arbeitsfelder des Vereins

Im Mai 1999 hat sich der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. als Träger der politischen Bildungsarbeit sowie als Träger von Beratung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte gegründet. Der Verein ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe.

Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Dabei sind wir in vier Arbeitsfeldern tätig:

Analyse und Information. Für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit braucht es Wissen über Ideologie, Strukturen und Aktivitäten der extremen Rechten sowie über gesellschaftliche Diskurse im Themenfeld. Hierzu bieten wir fachliche Expertise und Informationen u. a. für Politik, Verwaltung und die Öffentlichkeit.

Bildung und Netzwerken. Demokratie braucht eine engagierte und kompetente Zivilgesellschaft. Wir vermitteln Kenntnisse, Einsichten und Fähigkeiten in der Auseinandersetzung mit Demokratiefeindlichkeit und Menschenverachtung. Mit Fortbildungen, Workshops und Projekttagen stehen wir u. a. Fachkräften und Jugendlichen für eine Vielzahl an Fragestellungen in unseren Themenfeldern zur Verfügung. Zugleich bringen wir Menschen für den Fachaustausch zusammen und sind mit unserer Erfahrung engagierter Partner zahlreicher Gremien und Netzwerke.

Beratung und Begleitung. Wir fördern das Engagement für eine demokratische Alltagskultur. Wir stehen Akteuren vor Ort zur Seite und entwickeln mit ihnen Handlungsstrategien in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Wir unterstützen Betroffene rechter Gewalt und intervenieren, wenn sich Opfer alleingelassen fühlen. Wir dokumentieren das Ausmaß rechter Gewalt und fördern die Solidarität vor Ort.

Prävention und Intervention. Wir sensibilisieren für die Herausforderungen des Rechtsextremismus im Alltag und für Radikalisierungsprozesse. Wir unterstützen und stärken präventive und intervenierende Maßnahmen im Umgang mit Radikalisierung an den Brennpunkten vor Ort. Im Fokus stehen dabei prekäre soziale Räume sowie der Justizvollzug und sein Umfeld.

Dabei wurden im Jahr 2019 folgende Projekte realisiert:

- **Arbeitsstelle Rechtsextremismus.** Beobachtung und Analyse der extrem Rechten in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus, Aufbereitung der gewonnenen Erkenntnisse für Multiplikator*innen, Politik, Verwaltung und die interessierte Öffentlichkeit
- **Bildungsteam – Bildungsreferent*innen.** Entwicklung von Angeboten und Durchführung von Veranstaltungen für Jugendliche und Erwachsene zu den Bereichen Demokratie, Rechtsextremismus, Auseinandersetzung mit rassistischen Mobilisierungen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Menschenrechtsbildung, Zivilcourage, Jugendkulturen, Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und rechtsautoritäre Diskurse sowie historisch-politischen Themen
- **DaZugehört Viel(falt).** Projekt zur direkten Entwicklung und Durchführung von Workshops/Angeboten mit Kindern und Jugendlichen im Sozialraum. (im Rahmen der Bildungsarbeit im Förderbereich IF/Modellprojekte)
- **Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand während des Holocaust** (projektübergreifend). Ausstellung des United States Holocaust Memorial Museum, die zusammen mit einem Begleitprogramm in Halle, Gardelegen und Magdeburg präsentiert wurde
- **Frei(T)Räume erleben. Wege in einen demokratischen Alltag.** Modellprojekt zur Radikalisierungsprävention, das neue pädagogische Interventionsformate entwickelte, erprobte und wissenschaftlich erörtern ließ, die auf unterschiedlichen Ebenen Einfluss auf rechtsextreme Radikalisierungsprozesse nehmen, diese unterbrechen und im günstigsten Fall unterbinden
- **Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus.** Unterstützung von Akteur*innen in Jugendhilfe und Bildung in der Arbeit mit Eltern rechtsaffiner Kinder und anderen Angehörigen
- **Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt sowie Onlineberatung.** Unterstützung und Begleitung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten
- **my_responsibility. Für ein diskriminierungsfreies demokratisches Lernumfeld.** Modellprojekt zu Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt, mit dem Ziel, gemeinsam in den Betrieben und Unternehmen Konzepte zu erproben und weiterzuentwickeln, um Demokratie- und Menschenfeindlichkeit am Arbeitsplatz entgegenzutreten.
- **Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg.** Netzwerkarbeit in Magdeburg zur Förderung der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus sowie Externe Koordinierungsstelle der Partnerschaften für Demokratie Magdeburg
- **Onlineberatung für Betroffene politisch rechts motivierter Gewalt.** Einrichtung eines Online-Beratungsangebots, das die bestehenden Angebote der Mobilen Opferberatung zeitgemäß ergänzt und damit neben dem bisherigen proaktiven Ansatz weitere niedrigschwellige Zugänge ermöglicht
- **RausWege. Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug und Bewährungshilfe** (im Projektverbund mit dem Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung und dem Multikulturellem Zentrum Dessau). Modellprojekt zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung, das anhand der Bedarfe der Straffälligen- und

Bewährungshilfe und der Sozialen Dienste der Justiz Fortbildungen durchführt und mit erwachsenen Straftätern Trainings und Workshops zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung durchführt

- **Regionale Beratungsteams Nord, Mitte und Süd.** Beratung von Vertreter*innen aus Kommunen, Landkreisen, Schulen, Initiativen sowie Einzelpersonen zur Entwicklung von Handlungsstrategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, rassistischen Mobilisierungen, Rechtspopulismus und rechtsautoritären Diskursen
- **Regionale Koordination SOR-SMC.** Koordinierung, Beratung und Qualifizierung von Schulen des Landesnetzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ für den Altmarkkreis Salzwedel

Vereinsarbeit im Landesinteresse

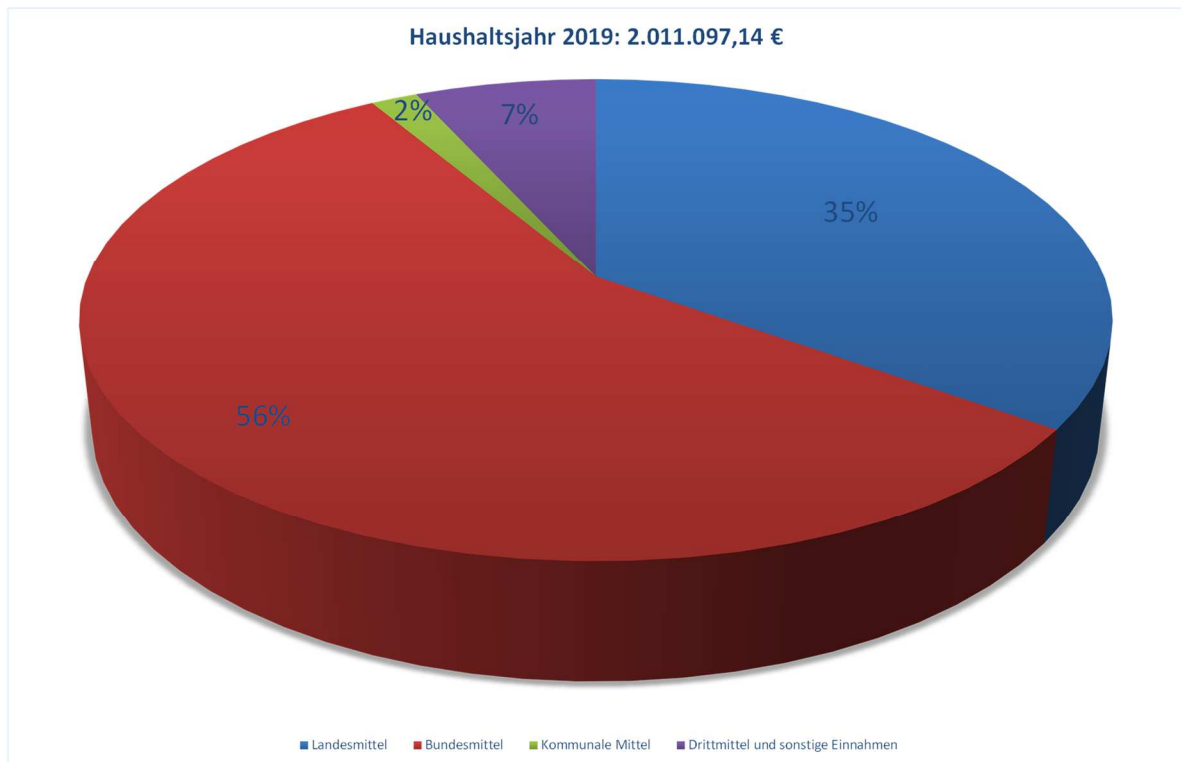
Das Tätigkeitsprofil von Miteinander e.V. legt den Schwerpunkt auf die Stärkung von Demokratie und Weltoffenheit sowie die Bekämpfung des Rechtsextremismus und von Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In der Beratungslandschaft des Landes Sachsen-Anhalt ist Miteinander e.V. der einzige Träger mit diesem Tätigkeitsprofil und hat sich seit Beginn der Tätigkeit im Jahr 1999 umfangreiche Fachexpertise angeeignet.

Durch die Institutionelle Förderung des Landes wird bei dem Verein Miteinander eine Geschäftsstellenstruktur gefördert, welche als organisatorische Grundstruktur dem Verein die Einwerbung von Drittmittel aus Bundesprogrammen sowie anderweitigen Förderprogrammen für Sachsen-Anhalt ermöglicht. Die Geschäftsstelle des Vereins sichert die finanztechnisch und fachlich kompetente Umsetzung dieser Projekte ab.

Bereits in einem intensiven Beratungsprozess im Rahmen der Strukturdebatte über die Beratungslandschaft in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2009-2011 wurde das Landesinteresse an der fachlichen und organisatorischen Arbeit von Miteinander e.V. betont und im Rahmen der Berichterstattung zu den Institutionellen Förderungen hervorgehoben.

Finanzierung

Miteinander e.V. verfügte im Jahr 2019 für die Arbeit der Geschäftsstelle, der Bildungsreferent*innen und der Projekte über Haushaltsmittel in einer Gesamthöhe von 2.011.097,14 Euro. Diese Mittel setzten sich wie folgt zusammen:



Förderer

- Aktion Mensch
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Bundesprogramm „Demokratie leben!“)
- Bundesverband Mobile Beratung e.V.
- Bundeszentrale für politische Bildung
- Deutsches Hilfswerk
- Landeshauptstadt Magdeburg
- Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt

Bedarfsanalyse

Seit der Vereinigung beider deutscher Staaten im Jahr 1990 haben sich demokratiefeindliche und menschenverachtende Einstellungen und neonazistische Aktivitäten zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung entwickelt, die offenkundig nicht temporär begrenzt ist. Die Ursachen dieser Einstellungen und Verhaltensweisen speisen sich aus den komplexen Widersprüchen der Entwicklung moderner Gesellschaften. Sie sind durch sozialpsychologische, ökonomische, politische und kulturelle Einflussfaktoren ebenso bestimmt, wie durch mentalitäts- und regionalgeschichtliche.

Daher greift die intervenierende Auseinandersetzung mit den vielfältigen Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus oder der Abwertung von Homosexualität allein auf der Ebene von „sichtbaren“ und damit zu skandalisierenden Denk- und Handlungsmustern mit Hilfe ordnungspolitischer oder sozialpädagogischer Mittel zu kurz. Für die Entwicklung einer umfassenden Strategie, die eine nachhaltige Zurückdrängung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und organisiertem Rechtsextremismus als möglich erscheinen lässt, braucht es – als notwendige Ergänzung zu staatlichem Handeln – die aktivierende und breit wirkende Befähigung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Um demokratische Wertorientierungen langfristig verankern zu können, bedarf es zudem einer kontinuierlichen Anstrengung, um Menschen zu ermutigen und Institutionen für die politische Auseinandersetzung zu sensibilisieren und zu professionalisieren. Eine lebendige Demokratie, die Partizipation und politische Bildungsprozesse als Grundlage lokalpolitischen Handelns vorantreibt, wirkt zugleich präventiv gegenüber Demokratieabstinenz und menschenverachtenden Einstellungen.

Insbesondere in ländlichen und kleinstädtischen Regionen Sachsen-Anhalts gibt es gering ausgebildete und unzureichend unterstützte demokratische Engagementstrukturen. Zudem herrscht immer noch eine mangelnde Sensibilität bzw. mangelndes Wissen über die in Wandlungen begriffenen Erscheinungsformen und die Strategien des modernen Neonazismus und der Akteur*innen der „Neuen Rechten“ bei lokalen und regionalen politischen Verantwortungsträger*innen und Verwaltungsstrukturen vor. Besonders in Fällen, in denen Personen der extremen Rechten nicht offen bzw. offen erkennbar im vorpolitischen Raum auftreten, resultiert hieraus u.a. Handlungsunsicherheit im Umgang bei Bürger*innen und Vertreter*innen von Institutionen vor Ort.

Es gilt, die spezifische Problemlagen sichtbar zu machen, für Erscheinungsformen und Wandlungen des Rechtsextremismus zu sensibilisieren sowie Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, die letztlich zu einem dauerhaften selbstsicheren Umgang mit dem Phänomen und zu einer Aktivierung der lokalen Demokratie in der Kommune führen. Nicht unsere Projekte, sondern die Menschen vor Ort, sind der Schlüssel zum langfristigen Aufbau einer demokratischen Gegenkultur. Erfolge können dort verbucht werden, wo handlungssichere Einzelpersonen bzw. Bündnisse und Institutionen in akuten Problemlagen wissend und vernetzt agieren konnten.

Entwicklungslinien des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt 2019

Die extrem rechten Netzwerke aus Vereinen, Gruppen, Medien, Verlagen und politischen Akteur*innen haben sich, trotz Anzeichen für eine Stagnation weiter verfestigt. Die Rolle der AfD innerhalb dieser Netzwerke hat sich durch den Einzug in alle Landesparlamente und nun auch in Sachsen-Anhalt in die Mehrheit der Städte- und Gemeinderäte sowie Kreistage noch verstärkt. Rechte und rassistische Diskurse finden nicht nur eine parlamentarische Repräsentanz. Vielmehr ist eine Wechselwirkung zwischen den parlamentarischen Aktivitäten und Aktionsformaten im öffentlichen Raum zu beobachten, die aus dem parlamentarischen Raum offene Unterstützung erfahren. Die AfD und ihr außerparlamentarisches Umfeld zielen mit ihrer strategischen Kommunikation in sozialen Medien und anlassbezogener außerparlamentarischer Mobilisierung darauf, andere demokratische Akteur*innen zu delegitimieren und sich selbst als die eigentliche Interessenvertretung der Bevölkerung in Form „des Volkes“ zu inszenieren.

Parallel zum Netzwerk der „Neuen Rechten“ mit der AfD im Zentrum existieren weiterhin „traditionelle“ rechtsextreme und neonazistische Strukturen, teilweise in offener Konkurrenz und Ablehnung zur AfD und deren Umfeld, teilweise aber auch mit personellen oder thematischen Überschneidungen bei öffentlichen Veranstaltungen oder in Beiträgen der sozialen Medien.

Der Mord an Walter Lübcke und der antisemitisch motivierte Anschlag in Halle haben erneut die Defizite in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung gegenüber rechter Gewalt und rechtsextremen Terrors offenbart. Neben diesen bundesweit herausragenden Terrorakten gab es im Jahresverlauf zahlreiche weitere rechte Gewalttaten. Auch wenn diese Taten seit etwa zwei Jahren leicht zurückgehen, hat sich deren Zahl aber weiter auf viel zu hohem Niveau stabilisiert. Auch die Anzahl extrem rechter Kundgebungen geht weiterhin leicht zurück, wenngleich die Zahl der Demonstrationen im Jahr 2019 signifikant angestiegen ist.

Der Anschlag auf die hallesche Synagoge am 09. Oktober 2019

Auf besonders drastische Weise wurde die mörderische Konsequenz antisemitischer Einstellungen bei dem versuchten Anschlag auf die hallesche Synagoge am 09. Oktober 2019 deutlich. Nur durch Zufall wurde ein größeres Massaker an der jüdischen Gemeinde verhindert. Dieser Angriff und der Mord an zwei zufällig vor Ort angetroffenen Menschen hat tiefe Verunsicherung in der jüdischen Community, aber auch in der halleschen Stadtgesellschaft hinterlassen.

Die Ereignisse in Halle haben die Sorgen der jüdischen Communities in Deutschland bestätigt: Antisemitismus ist für Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht nur eine alltagsprägende Erfahrung, sondern nach wie vor eine potentiell tödliche Bedrohung. Das maßgebliche Tatmotiv war offensichtlich ein verschwörungsideologischer Antisemitismus, als Teil eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes. In diesem greifen Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus eng ineinander.

Radikalisierung im Netz und Rechter Terror

Erfolg und Reichweite rechtsextremer gesellschaftspolitischer Intervention sind nicht mehr nur unmittelbar an den tatsächlichen Organisationsgrad oder das Niveau politischen Bewusstseins der Akteur*innen gebunden. Vielmehr zeigt sich, dass rechtsextreme Strukturen über Möglichkeiten digitaler Kommunikation an Reichweite, Mobilisierungsfähigkeit und überörtlicher Vernetzung gewinnen.

Die Binnenkommunikation in die Szene, aber auch strategische Anspracheformen gegenüber Zielgruppen in der Bevölkerung vollziehen sich einerseits in offenen und halboffenen Internetforen, andererseits in verdeckten Chats verschiedenster Messenger-Dienste. Dies hat Auswirkungen sowohl auf den Zeitablauf der Mobilisierungsfähigkeit, als auch auf Prozesse der Radikalisierungs- bzw. Gewaltaffinität dieser Gruppen.

So wurde im Berichtszeitraum 2019 bekannt, dass die Bundesanwaltschaft gegen extrem rechte Strukturen wegen Terrorverdacht ermittelt. Diese Gruppen mit Namen wie „Oldschool Society“, „Nordadler“ oder "Sturmbrigade" sind meist überregional vernetzt und nutzten primär digitale Formate zur Kommunikation und zum Organisationsaufbau. Die scheinbare Anonymität des Internets dürfte in all diesen Fällen deutlich zur Radikalisierung der politischen Ideen beigetragen haben. Mehrfach wurden Ermittlungen und Hausdurchsuchungen auch gegen Gruppen und Personen in Sachsen-Anhalt durchgeführt. Der Grad der Vorbereitung konkreter Anschläge war bei den oben genannten Gruppen nicht einheitlich und ob die jeweiligen Täter*innen tatsächlich organisatorisch in der Lage gewesen wären ihre eigenen Ziele umzusetzen, müssen die Ermittlungen erst noch ergeben. Nach den Morden der letzten Monate muss aber klar sein, dass rechte Gewaltfantasien nicht weiterhin verharmlost werden dürfen und endlich ernst genommen werden müssen.

Rechtsextreme Ideologie mündet unweigerlich in Gewalttaten gegen die als Feindbild markierten Gruppen. Aus der ständig wiederholten Erzählung eines permanenten, endzeitlichen „Abwehrkampfes“ gegen eine angebliche

„Umvolkung“ ergibt sich das Bestreben nach Bewaffnung, um an einem selbst gewählten „Tag X“ losschlagen und Vernichtungsfantasien in die Tat umsetzen zu können.

„Neurechte“ Netzwerke und Strukturen

In ideologischer und organisatorischer Hinsicht ist das Milieu rund um den im Saalekreis ansässigen „Verlag Antaios“ und das „Institut für Staatspolitik“ ein zentraler Impulsgeber für die strategische Ausrichtung und Formierung rechtsextremer Strukturen im Umfeld der AfD. Ideengeschichtlicher Bezugspunkt dieser Ideologien sind hauptsächlich Vertreter*innen verschiedener europäischer faschistischer Bewegungen der 1920er Jahre. Formell grenzen sie sich von Nationalsozialismus und Neonazismus ab. Doch zwischen den neonazistischen und „neu-rechten“ Strukturen findet immer deutlicher eine Annäherung und Vernetzung statt. Zudem haben „neu-rechte“ Akteur*innen ihren Wirkungskreis bis in weite Teile der „rechts-konservativen“ Strukturen erweitern können. Hier sind Organisationen wie „Zukunft Heimat“ aus Cottbus oder verschiedene Kampagnen von „EinProzent“ zu nennen, die als bundesweite Kampagnen geplant - auch in Sachsen-Anhalt wirksam werden.

„Ein Prozent“

Als Akteur rechter Kampagnen tritt auch in Sachsen-Anhalt das „Patriotische Bürgernetzwerk“ „Ein Prozent“ auf. Die als eingetragener Verein verfasste rechte Kampagnen-Agentur hat sich nach ihrer Gründung 2015 zunächst der Unterstützung von „PEGIDA“ gewidmet. Inzwischen stehen die Förderung rechtsextremer Musik, die Produktion von Propagandavideos und die finanzielle Unterstützung politischer Aktivist*innen aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung“ und weiterer Strukturen der extremen Rechten. Als essentiell für den Erfolg rechter Politikangebote hat die Initiative die Präsenz in sozialen Netzwerken identifiziert. Mit vergleichsweise hoher Reichweite sollen rechte Inhalte in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden. Hierzu zählen Videoproduktionen und Textformate, die sich einen pseudo-journalistischen Anstrich geben.

Breiten Raum in der Arbeit von „Ein Prozent“ nimmt die Beobachtung und Kommentierung politischer Gegner*innen der extremen Rechten ein. Dabei erwecken Texte und Videos vielfach den Eindruck, bei diesen handle es sich ihrerseits um „Linksextremisten“ oder gewaltaffine Akteur*innen. So widmete „Ein Prozent“ kritischen Journalist*innen, aber auch Politiker*innen und zivilgesellschaftlichen Strukturen Beiträge in denen diesen u.a. „Linksextremismus, Steuerverschwendung und Demokratiefeindlichkeit“ vorgeworfen wird. Um sich selbst gegen den Vorwurf der Nähe zum Rechtsextremismus zu tarnen, bezeichnet sich „Ein Prozent“ als „patriotisches Bürgernetzwerk“ oder „patriotische NGO“. Diese bewusst verschleierte Wortwahl soll die Aktivitäten von „Ein Prozent“ über das eigene rechte Milieu hinaus beglaubigen und normalisieren. Die Initiative vernetzt parlamentarische und außerparlamentarische Akteur*innen der extremen Rechten, bündelt thematische Kommunikationsoffensiven des rechten Milieus und hilft lokalen rechten Gruppen deutschlandweit bei der Professionalisierung ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Der Verein finanziert sich nach Eigenaussagen aus Spenden und hatte 2019 einen Sitz in Sachsen und einen in Sachsen-Anhalt.

„Identitäre Bewegung“

Entgegen der öffentlichen Selbstdarstellung handelt es sich bei den „Identitären“ nicht um eine Jugendbewegung, sondern um eine streng hierarchisch strukturierte rechtsextreme Kaderorganisation für vorwiegend männliche Studenten und junge Akademiker.

Es gehört zur Taktik der „Identitären“, sich verbal von Rassismus und Rechtsextremismus zu distanzieren. Ihre propagandistischen und programmatischen Aussagen bezeugen jedoch einen modernisierten, sogenannten kulturellen Rassismus und antidemokratische Vorstellungen. Die von ihnen propagierte Gewaltfreiheit steht im Kontrast zu der Tatsache, dass von ihren Aktivist*innen auch in Sachsen-Anhalt immer wieder Bedrohungen und Gewalt ausgingen. Personell speist sich die Mitgliedschaft der „Identitären“ aus dem Milieu rechter Burschenschafter, ehemaligen Aktivist*innen rechter Jugendbünde und Personen, die ihre politische Sozialisation in der Neonazi-Szene und der NPD Jugendorganisation JN erwarben.

In Sachsen-Anhalt sind die „Identitären“ eng mit der Jugendorganisation der AfD, der „Jungen Alternative“ verbunden. Abgeordnete der AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt pflegen intensive Kontakte zu den „Identitären“, obwohl es in der AfD offiziell einen Abgrenzungsbeschluss zur „IB“ gibt. (Beschluss des Bundesvorstandes am 22. Juni 2016: „Der Bundesvorstand stellt fest, dass es keine Zusammenarbeit der Partei Alternative für Deutschland und ihrer Gliederungen mit der sogenannten ‚Identitären Bewegung‘ gibt.“) Eine Schlüsselrolle für die Strukturen der „Identitären“ in Deutschland kam der halleschen Gruppe „Kontrakultur“ zu. Die Ausstrahlung dieser Gruppe hat aber seit dem Bezug des Hauses in der halleschen Adam-Kuckhoff-Straße 16, im Frühjahr 2017, stark nachgelassen.

Die Gruppe tritt mittlerweile nicht mehr unter dem Namen „Kontrakultur“ auf, im Jahr 2018 wurde ein eingetragener Verein mit dem Label „Flamberg“ gegründet. Unter diesem Namen tritt die Gruppe nun vereinzelt in den sozialen Netzwerken auf. Wichtige Akteur*innen der halleschen Gruppe haben die Stadt mittlerweile verlassen. Entgegen der Pläne vom „Leuchtturmprojekt“ gegenüber des Uni-Campus konnten die Akteur*innen mit dem Haus kaum öffentliche Wirksamkeit erlangen. Zu Beginn des Jahres 2019 fanden dort noch sporadisch Veranstaltungen statt. Nach dem versuchten und abermals gescheiterten Aufmarsch durch Halle (Saale) am 20. Juli 2019 wurde es deutlich ruhiger um das Haus. Es fand im Herbst erneut Beachtung durch einen massiven Angriff aus dem Haus auf Gäste einer Party auf dem gegenüberliegenden Universitätsgelände. Auf diesen Angriff folgte eine Razzia im Haus und kurze Zeit später eine öffentliche Distanzierung der „Identitären“ und der Falschbehauptung, dass das Haus bereits seit Anfang Oktober 2019 nicht mehr Teil der „IB“ gewesen wäre. Momentan wird das Haus als Wohnobjekt für verbliebene „IB-Kader“ genutzt, ob es zukünftig weiter ein Teil des rechten Netzwerkes sein wird ist noch nicht sicher einzuschätzen.

Neben der Gruppe in Halle existieren formal noch Strukturen in Magdeburg und im Harz, aber auch deren Aktivitäten haben im Berichtszeitraum deutlich abgenommen. Die anfängliche Stärke der „IB“, mit ungewöhnlichen Aktionen in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, hat sich verbraucht. Im Juli 2019 verkündete das Bundesamt für Verfassungsschutz, dass die Gruppe als „rechtsextrem“ eingestuft wird und den Status des „Verdachtsfalls“ überschritten hat.

*Reichsbürger*innen*

Der Sammelbegriff „Reichsbürger*innen“ wird für ein breites Spektrum aus Strukturen und Einzelpersonen benutzt. Diese Szene eint die Ablehnung staatlicher Organe, meist kombiniert mit verschwörungsideologischen Positionen. Die politische Brisanz der „Reichsbürger*innen“ wurde lange unterschätzt. Über Jahre ordneten die Sicherheitsbehörden sie als Sonderlinge und Spinner ein, von denen keine Gefahr ausgehe. Fakt ist jedoch, dass die ideologisch sehr heterogen aufgestellte Szenerie der „Reichsbürger*innen“ seit 2010 in der Nachfolge der Finanzkrise an Anziehungskraft gewonnen hat. In Sachsen-Anhalt ist deren Szene nachweislich eng mit den Strukturen des organisierten Neonazismus verknüpft, wie die Ereignisse rund um die Räumung des Anwesens des „Reichsbürgers“ Adrian Ursache im Burgenlandkreis, im August 2016, zeigten.

Gemeinsam ist den „Reichsbürger*innen“ die Ablehnung des demokratischen Staates und seiner Exekutive und Judikative. Rechtsextreme „Reichsbürger*innen“ vertreten zudem offen rassistische und antisemitische Auffassungen und erklären Bevölkerungsgruppen zu Feinden, die ihren Vernichtungsfantasien anheimfallen.

Völkische Siedlungsprojekte

Im Berichtsjahr 2019 konnten wir eine weitere Zunahme von Aktivitäten der als „völkische Siedler“ kategorisierten Gruppen in Sachsen-Anhalt beobachten. Neben den seit Jahren sich stabilisierten Siedlungsprojekten u.a. in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sind mittlerweile auch in Sachsen-Anhalt gefestigte Strukturen im Aufbau begriffen. Die bundesweit vernetzten Akteure erwerben in dünn besiedelten, ländlichen und strukturschwachen Regionen verfallene Häuser oder verlassene Bauernhöfe, bringen diese in Stand und bauen sie zu sogenannten Familienlandsitzen aus. Sie betreiben häufig Ökolandbau, arbeiten in traditionellen Handwerksberufen und versuchen sich als Selbstversorger*innen zu etablieren. Diese Naturverbundenheit hat allerdings wenig mit Klimaschutz zu tun, sondern ist Folge einer völkischen Weltanschauung und Ausdruck einer bäuerlich-romantisierten „Blut-und-Boden“-Ideologie. Die Aktivist*innen treten dabei als nette und engagierte Nachbar*innen auf. So bringen sie sich beispielweise in lokalen Heimatvereinen, dörflichen Festveranstaltungen, Orts- und Gemeinderäten sowie Elternvertretungen in Kindergärten und Schulen ein.

Ein Teil dieser Szene ist die „Anastasia-Bewegung“, die sich auf die zehnbändige Romanreihe „Anastasia – Tochter der Taiga“ des russischen Autors Wladimir Megre bezieht. Der Inhalt dieser Bücher und das transportierte Weltbild sind im Kern antidemokratisch, antiliberal und ist versetzt mit alten Erzählungen und Verschwörungstheorien des Antisemitismus. Von bundesweit 12 dieser Gruppen befindet sich eine im Landkreis Harz. Die Gemeinschaft „Weda Elysia“ plant hier die ehemalige Dorfschenke zu einer „Kultur- und Bildungsstätte“ auszubauen. Neben der ideologischen Nähe zur extremen Rechten gibt es auch personelle Verbindungen unter anderem zur Reichsbürger-Szene.

Rechtsextreme Positionen zur Klimapolitik

Akteur*innen der extremen Rechten entdecken zunehmend den Klimawandel und den politischen Umgang damit als Thema. In der Öffentlichkeit herrscht ein breiter Konsens darüber, dass der Mensch einen relevanten Anteil zum Klimawandel beiträgt und dass daraus politische Konsequenzen folgen müssen, um die Entwicklungen zu begrenzen oder gar aufzuhalten. Auch wenn die Vorstellungen über politische Konsequenzen bei den demokratischen Akteur*innen weit auseinander gehen, wie beispielsweise die unterschiedlichen Bewertungen des "Klimapakets" der Bundesregierung zeigen, entsteht so eine diskursive Leerstelle, die die extreme Rechte ausnutzt. Negiert wird, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt, weshalb auch keine klimapolitischen Maßnahmen notwendig seien.

Vielmehr seien diese ein Projekt "links-grüner Eliten", mit dem Ziel sich finanziell an der deutschen Bevölkerung zu bereichern und die eigene Macht zu sichern. In der Folge versuchen Akteur*innen der extremen Rechten sich als authentische Vertreter*innen der sozialen Frage und des "kleinen Mannes" aufzuspielen. In Sachsen-Anhalt fand dies unter anderem seinen Niederschlag in einer sogenannten Souveränitätskonferenz des Magazins „Compact“ am 16.11.2019 in Magdeburg unter dem Titel "Gegen den Klimawahn". Hier nahmen über 200 Personen teil und verfolgten Vorträge verschiedener Akteur*innen der rechtsextremen Szene. Unter den angekündigten Gästen waren auch Martin Sellner von der „Identitären Bewegung“, der rechtsextreme Rapper Chris Ares sowie Oliver Hillburger, Chef der Arbeitnehmergruppe Zentrum Automobil und ehemaliger Gitarrist der Naziband Noie Werte. Für die kommenden Jahre ist damit zu rechnen, dass die Relevanz dieses Themas zunehmen wird, insbesondere da der geplante Kohleausstieg der Bundesregierung für das südliche Sachsen-Anhalt einen enormen Strukturwandel bedeutet.

*Angriffe auf Kommunalpolitiker*innen und ehrenamtlich Engagierte*

Angriffe und Anfeindungen gegenüber Amts-, Funktions- und Mandatsträgern haben seit 2015 nicht nur zugenommen, sondern sich in ihrer Qualität auch verändert. In der Tendenz ist zu beobachten, dass schriftliche Drohungen mit vollem realem Namen gezeichnet werden, Schmähungen und Drohungen in sozialen Netzwerken u.U. eine hohe Reichweite erzielen, und die Hemmschwelle für Sachbeschädigungen und auch direkte körperliche Angriffe deutlich gesunken ist.

Betroffen von dieser Entwicklung sind Vertreter*innen aller Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens, die sich in Bezug auf den Umgang mit Minderheiten bzw. deren Schutz in der Demokratie eine in der Öffentlichkeit deutlich erkennbare Position einnehmen.

Dennoch ist die gesellschaftliche Wahrnehmung von Angriffen auf Repräsentanten des Staates und gesellschaftlichen Engagements ungleich verteilt. Bundestagsabgeordnete, bekannte Personen des öffentlichen gesellschaftlichen Lebens erfahren aufgrund ihrer Bekanntheit in der Regel rasch Unterstützung und Solidarität. Ihr Bekanntheitsgrad stellt in gewisser Weise auch einen, wenn auch kleiner werdenden Schutz dar. In einer schwierigeren Situation befinden sich kommunale Akteur*innen, wie Bürgermeister*innen und Mandatsträger*innen. Verankert im sozialen Nahraum können sie Szenarien der direkten Konfrontation auch in Bezug auf ihr familiäres Umfeld oftmals nur schwer aus dem Weg gehen, und verfügen zugleich nicht über den Zugang zu sozialen und administrativen Ressourcen, um sich schützen zu können. Für Menschen, die auch in anderen Kontexten Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung machen, stellen sich Situationen von Bedrohung und Anfeindung noch einmal in verschärfender Weise dar. Beobachtbar sind differenzierte Eskalationsformen von Bedrohung und Einschüchterung. Sie reichen von Drohschreiben bis hin zu tätlichen Angriffen. Da sich die Absender von Bedrohungen, Schmähungen und Anfeindungen in der jüngsten Vergangenheit nicht immer eindeutig einem ohnehin gewaltbereiten und / oder rechtsextremen Milieu zuordnen lassen, ist eine prognostische Einschätzung der realen Gefährdung einer Person oder einer Gruppe schwieriger geworden.

Demonstrationen und Kundgebungen

Manifestationen im öffentlichen Raum, ob in Form von Demonstration, Kundgebung oder Infoständen sind, trotz der Veränderungen und Verschiebungen der letzten Jahre, weiterhin ein wichtiger Indikator für die Entwicklung der extremen Rechten. Die Zahl der von uns gezählten extrem rechten Demonstrationen ist 2019 mit 59 gegenüber 47 im Jahr 2018 spürbar gestiegen, während die Zahl der Kundgebungen von 69 im Jahr 2018 auf 31 gesunken ist.

Wie bereits in den vergangenen Jahren fand knapp die Hälfte dieser Demonstrationen und Kundgebungen in Halle (Saale) statt und wurden von Sven Liebich und dessen Umfeld der sogenannten Montagsdemo organisiert. Diese Demonstration zogen regelmäßig, alle zwei Wochen, mit 20-30 Personen durch Halle und wurden mit rassistischen und verschwörungstheoretischen Redebeiträgen kombiniert. Trotzdem wurden aus diesem Personenkreis im Laufe des Jahres weitere Demonstrationsformate initiiert. Diese Formate, wie z.B. Proteste unter dem Label „der Gelbwesten“, konnten sich allerdings nicht etablieren und wurden schnell wieder eingestellt. Liebich und sein Umfeld demonstrierten während der Wahlkampfzeiten zur Kommunalwahl im Frühjahr und der OB-Wahl im Herbst für längere Zeit wöchentlich. Auch wurden zahlreiche Kundgebungen mit provozierenden und verhetzenden Inhalten während der Wahlkampfzeit organisiert. Alle Versammlungen aus diesem Spektrum wurden umfangreich in verschiedenen sozialen Medien mit diversen Formaten verstärkt. Das Umfeld der „Montagsdemonstrationen“ hat sich weiter radikalisiert. So wurden bei verschiedenen Versammlungen Kooperationen mit anderen Strukturen der extrem Rechten beobachtet. Liebich versuchte auch mehrfach inhaltlich und strukturell an die Aktionen der „Identitären“ in Halle anzuknüpfen.

Der beobachtete Rückgang der Kundgebungen dürfte zu einem großen Teil auf die nochmalige Schwächung der NPD in Sachsen-Anhalt zurückzuführen sein. Diese war im Jahr 2018 für einen großen Teil der Kundgebungen verantwortlich, in 2019 schaffte Sie es nicht einmal im Kommunalwahlkampf auf sich aufmerksam zu machen. Der in den letzten Jahren vermutete, insgesamt geringe Organisationsgrad rechtsextremer Strukturen hat sich somit für das Jahr 2019 bestätigt.

Rechtsrock

Mit 52 von uns gezählten rechten und rechtsextremen Musikveranstaltungen im Jahr 2019, gegenüber 30 Konzerten 2018, wurde eine deutliche Steigerung registriert.

Entgegen der Entwicklungen bei Demonstrationen und Kundgebungen konnten wir feststellen, dass die extreme Rechte auf neue Veranstaltungsorte zurückgreifen kann. Konzerte und „Liederabende“ fanden somit an bisher nicht bekannten

Orten verteilt über alle Regionen des Bundeslandes statt. Auch wenn die rechtsextreme Musikszene nicht mit der benachbarter Bundesländer vergleichbar ist, muss die Entwicklung mit der Gründung neuer Bands und Musikprojekte, dem Zugriff auf neue Veranstaltungsorte und der damit verbundenen, höheren Anzahl an Veranstaltungen weiterhin ernst genommen werden.

Im Bundesland Sachsen-Anhalt gab es auch 2019 keine Großkonzerte, wie sie über mehrere Jahre in Nienhagen (im Landkreis Harz) stattfanden. Der Schwerpunkt solcher Konzerte hat sich seit einigen Jahren nach Thüringen und Sachsen verlagert. Da solche Konzertveranstaltungen im Jahr 2019, gerade in Thüringen mehrfach durch hohe polizeiliche Auflagen erschwert oder gar verboten wurden, sollten mögliche Anzeichen für eine erneute Verlagerung solcher Aktivitäten nach Sachsen-Anhalt genau beobachtet werden.

Rechte Gewalt

Vor dem Hintergrund des rechtsterroristischen Anschlags in Halle (Saale), bei dem am 9. Oktober 2019 die 40-jährige Jana L. und der 20-jährige Kevin S. getötet, drei Menschen verletzt wurden und mindestens 60 Menschen nur durch glückliche Umstände überlebten, fällt die Bilanz rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt für das Jahr 2019 dramatisch aus. Mit 133 politisch rechts motivierten Gewalttaten, darunter zwei Morde und mindestens 60-facher versuchter Mord zeigt sich deutlich: Rechte, rassistische oder antifeministische Diskurse und antisemitische Verschwörungstheorien können jederzeit und überall den Resonanzboden für tödliche Gewalt bilden. Die Folgen des Attentats belasten die Hinterbliebenen und Überlebenden schwer – psychisch, körperlich oder auch wirtschaftlich.

Statistisch gesehen werden mindestens alle zwei bis drei Tage Menschen in Sachsen-Anhalt aus rassistischen und rechten Motiven angegriffen und zum Teil erheblich verletzt. So registrierte die Mobile Opferberatung für 2019 mit 133 Angriffen zwar erneut einen Rückgang politisch rechts motivierter Gewalt (2018: 173). Allerdings liegt die Zahl der direkt Betroffenen mit 262 sogar über der des Vorjahres (2018: 254). Dieser Anstieg der absoluten Betroffenzahlen ist auf die hohe Anzahl von direkt Betroffenen des Attentats in Halle (Saale) zurückzuführen.

Darüber hinaus waren mindestens 18 Menschen ebenfalls Ziel eines Angriffs, wurden aber nicht (körperlich) verletzt (indirekt Betroffene). Statistisch nicht erfasst sind Angehörige und Freund*innen von Betroffenen sowie Zeug*innen. Auch diese Menschen leiden oft stark unter den Folgen der Gewalt. Und wie in den Vorjahren ist davon auszugehen, dass sich die Angriffszahlen für 2019 durch Nachmeldungen noch erhöhen.

Straftatbestände

Im Zusammenhang mit dem rechtsterroristischen Anschlag in Halle (Saale) geht unsere Mobile Opferberatung nach jetzigem Kenntnisstand von insgesamt sechs Tatkomplexen aus, die zeitlich bzw. räumlich getrennt voneinander begangen wurden und denen –bis auf die letzte Tat –ein erneuter Tötungsentschluss zugrunde lag. Da die Beratungsstelle pro Tatkomplex lediglich die schwerste Straftat erfasst, bedeutet das im Hinblick auf die statistische Auswertung des Anschlags, dass hier hinsichtlich der Straftatbestände für 2019 zwei Morde, drei versuchte Morde und eine räuberische Erpressung dokumentiert wurden. Dementsprechend taucht auch das Herbeiführen von Sprengstoffexplosionen nicht explizit in der Statistik auf. Aufgeschlüsselt nach Betroffenen ergibt sich ein wesentlich deutlicheres Bild: So ist bei dem Anschlag insgesamt auch von einem mindestens 60-fachen, versuchten Mord auszugehen.

84 Prozent aller von der Beratungsstelle registrierten Angriffe in 2019 waren Körperverletzungsdelikte. Davon waren 60 einfache Körperverletzungen und 52 gefährliche Körperverletzungen, also Gewalttaten, die entweder aus einer Gruppe heraus oder mittels einer Waffe bzw. einem gefährlichen Werkzeug begangen wurden.

Neben zwei Raubstraftaten und einer Brandstiftung wurden zudem aufgrund der massiven psychischen und/oder sozialen Folgen für die Betroffenen 12 Nötigungen bzw. Bedrohungen sowie eine Sachbeschädigung in die Statistik aufgenommen. So wurde nur zwei Tage nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Halle (Saale) die Scheibe des

Gebetsraums der muslimischen Gemeinde in Wittenberg mit einem Stein eingeworfen während sechs Menschen sich darin aufhielten. Und am 13. September 2019 verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf den muslimischen Gebetsraum in Aschersleben (Salzlandkreis).

Tatmotive

Wie bereits 2018 waren auch 2019 zwei Drittel der von der Mobilien Opferberatung registrierten Angriffe rassistisch motiviert (90). Das weist auf eine erschreckend hohe Gewaltbereitschaft gegenüber all denjenigen hin, die nach Sachsen-Anhalt flüchten mussten, als People of Color gelesen werden oder denen eine nicht-deutsche Herkunft zugeschrieben wird.

Daneben betrafen 17 Prozent der Angriffe Menschen, die als (vermeintliche) politische Gegner*innen angegriffen wurden (2019: 23, 2018: 31), also vor allem Personen, die sich gegen die extreme Rechte oder Rassismus engagieren oder aber zivilcouragiert einschreiten.

Auffällig war 2019 ein Anstieg der LGBTIQ-feindlichen Gewalt im Vergleich zum Vorjahr von zwei auf acht Angriffe. Damit hat sich die Angriffszahl im Vergleich zum Vorjahr vervierfacht, wobei auch in diesem Bereich das tatsächliche Ausmaß von Gewalt gegen Schwule, Lesben, Bisexuelle, trans*, inter oder queere Menschen von der Mobilien Opferberatung und den Community-Strukturen viel höher eingeschätzt wird. Die von der Beratungsstelle dokumentierten sechs Körperverletzungen und zwei massiven Bedrohungen wurden bis auf einen Angriff alle in Magdeburg und Halle (Saale) registriert und richteten sich auch gegen schwule und transgeschlechtliche Geflüchtete.

Sechs Angriffe richteten sich gegen nicht-rechte Personen. Bei zwei Gewalttaten war Antisemitismus das Motiv, darunter der 52-fache versuchte Mord an den Juden und Jüdinnen in der halleschen Synagoge am 9. Oktober 2019. Drei Angriffe, die im Zusammenhang mit dem rechtsterroristischen Anschlag stehen und somit ebenfalls als rechte Gewalttaten in die Statistik aufgenommen wurden, sind von der Mobilien Opferberatung dem Bereich „Sonstiges“ zugeordnet. So zum Beispiel der zweifache versuchte Mord an dem 51-jährigen und seiner 50-jährigen Lebensgefährtin in Wiedersdorf (Saalekreis), auf die der Attentäter auf seiner Flucht schoss. Bei einem weiteren unter „Sonstiges“ dokumentierten Angriff, der von der Staatsanwaltschaft als rechte Gewalttat aufgelistet wurde und in die Statistik einfluss, ist der Beratungsstelle das konkrete Motiv nicht bekannt.

Zur Tätigkeit im Rahmen der Institutionellen Förderung

Maßnahmen der politischen und historischen Bildung, Empowerment von Jugendlichen und Erwachsenen

Das Bildungsteam entwickelt Angebote für Jugendliche und Erwachsene zu den Bereichen Demokratie/Demokratielernen, Rechtsextremismus, Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und rechtsautoritäre Diskurse, Menschenrechtsbildung, Zivilcourage, Rassismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Jugendkulturen sowie historisch-politischen Themen, Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft.

Die Fortbildungen und Projektangebote dienen der Förderung einer demokratischen Anerkennungskultur und stärken sowohl das zivilgesellschaftliche Engagement der Teilnehmenden als auch die Teilnehmenden selbst. Die Bildungsarbeit ermöglicht die aktive Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Diskriminierungen und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Zugleich werden Kompetenzen vermittelt, die zu einem demokratischen Handeln befähigen. Der Bildungsarbeit von Miteinander e.V. liegen die Grundsätze einer emanzipatorischen Demokratie- und Menschenrechtserziehung zugrunde. Folglich geht es in der Arbeit langfristig auch um Wertevermittlung, Selbstbestimmung und Partizipation. Sie ist daher nicht allein auf reine Wissensvermittlung ausgelegt.

Bildungsmaßnahmen im Themenbereich Rechtsextremismus informieren über Entwicklungen der extremen Rechten und vermitteln Grundlagenwissen zu Erscheinungsformen bzw. zur Funktionsweise rechtsextremer (jugend)kultureller Lebenswelten und bieten Möglichkeiten des Ausprobierens und Erarbeitens von Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen bzw. rechten Eltern. Multiplikator*innen und Mitarbeiter*innen der Jugend- und Sozialarbeit werden in die Lage versetzt, Handlungssicherheit im Umgang mit GMF- Einstellungs- und Verhaltensweisen zu entwickeln sowie Demokratiestärkende und menschenrechtsorientierte Bildungsarbeit mit Jugendlichen durchzuführen. Mitarbeiter*innen von Verwaltungen, Verbänden und Vereinen werden weitergebildet, um auf rechtsextreme Erscheinungsformen, aktuelle rassistische Mobilisierungen und weitere rechtspopulistische Ereignislagen angemessen reagieren zu können und an der Entwicklung lokaler Handlungsstrategien mitzuwirken. Hierin eingeschlossen sind Angebote zur historisch-politischen Bildung – insbesondere zu Aspekten der Geschichte des Nationalsozialismus.

Die Angebote für Kinder und Jugendliche konzentrieren sich auf die Stärkung von demokratisch orientierten Jugendlichen und Jugendgruppen, schließen aber auch eine Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut und mit pauschalisierenden Ablehnungskonstruktionen explizit mit ein. Dazu gehört auch, die Teilnehmenden der Maßnahmen zu aktivieren, sich für ihre Belange und ihr Gemeinwesen zu engagieren sowie Möglichkeiten des Engagements und der Beteiligung – unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung oder nicht, Herkunft oder Religionszugehörigkeit aufzuzeigen und Freiräume zu bieten, eigene Ideen gemeinsam mit anderen auszuprobieren. Der Fokus liegt hier vor allem auf der Reflexion von (eigenen) Einstellungen und der jugendkulturellen Praxis sowie der Schärfung der Empathiefähigkeit mit sozialen und kulturellen Minderheiten. Zugleich sollen die Jugendlichen in ihrem selbstbestimmten Handeln und für eine demokratische, selbstverantwortliche Gestaltung ihres Alltags gestärkt und ihr Engagement gefördert werden.

Grundsätzlich richten sich die Angebote des Bildungsteams sowohl in der Jugend- als auch in der Erwachsenenbildung nach den Erfordernissen und den Bedürfnissen der Zielgruppen und Akteure vor Ort. Daher werden regelmäßig neue und weitere Arbeitsfelder (z.B. 2019 die Verbindung von Gemeinwesens- und Antidiskriminierungsarbeit oder neue Themen der politisch-historischen Bildung) erschlossen und entwickelt, wenn der Bedarf vor Ort dies notwendig macht. Aus einem breiten Themen- und Methodenspektrum werden Projekte, die auf die spezifischen Problemlagen zugeschnitten sind, entwickelt. Die Projektarbeit setzt an der Lebenswirklichkeit und den individuellen Lebenserfahrungen der Teilnehmenden an. Sie sind Subjekt des Handelns. Ohne ihre aktive Teilnahme ist ein Projekt nicht möglich. Kompetenzen und Ressourcen werden im Projekt genutzt und gefördert.

Netzwerk-, Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit / Projektentwicklung

Wir vernetzen und unterstützen lokale Initiativen und Träger, die sich für Demokratie, Weltoffenheit und Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus engagieren und organisieren. Miteinander e.V. bringt die Perspektive und Forderungen kleiner Initiativen und von (potentiellen) Opfern rechtsextrem motivierter Gewalt in landesweite Gremien ein. Die Mitarbeit in bundesweiten und z.T. internationalen Vernetzungsgremien erfolgt mit der Zielstellung des Wissens- und Informationstransfers in das Bundesland. Eine enge Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen sichert den Wissenstransfer von der Wissenschaft zur Praxis bei gleichzeitiger Rückkoppelung der Praxis in die Wissenschaft. Die Geschäftsstelle entwickelt neue Ideen, Projekte und Konzepte, betreibt hierzu Fundraising und begleitet die Projekte in ihrer Umsetzung.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung übernimmt die Gesamtsteuerung und das Controlling aller bei Miteinander e.V. in Trägerschaft befindlichen Teilprojekte. Schwerpunkte sind die dienstrechtliche Aufsicht, inhaltliche Begleitung sowie fachliche Unterstützung und Begleitung der Arbeit der Projekte sowie die Öffentlichkeits-, Netzwerk- und Lobbyarbeit. Durch die Verwaltungsmitarbeiterinnen wurden das Finanzcontrolling und die finanztechnische Abwicklung sichergestellt. Ferner wurde durch die Geschäftsführung u.a. ein bundesweiter fachlicher Austausch und die Beteiligung an Fachdiskursen abgedeckt. Unter anderem war Miteinander e.V. maßgeblich an den Diskussionen zur Weiterentwicklung des Landesprogramms für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz sowie an den Diskussionen zur Entwicklung des Bundesprogrammes „Demokratie Leben“ beteiligt. Auch die landesweiten Debatten zur Entwicklung eines Aktionsprogramms gegen Antisemitismus sowie die Erörterungen zu Fragen von Radikalisierungsprozessen und Präventionsansätze im Internet erfolgten unter Einbindung des Vereins und unter Anhörung seiner Expertisen.

Inhaltliche Schwerpunkte

Wie auch in den Vorjahren bildete die Beratung und Begleitung verschiedener Projekte anderer Träger und Kooperationspartner einen Handlungsschwerpunkt. Außerdem wurde der bundesweite Fachaustausch im Themenfeld intensiviert. Gemeinsam mit allen beteiligten Akteur*innen initiierte das Bildungsteam Prozesse der Partizipation und ermöglicht Erfahrungen mit Vielfalt und Interkulturalität. Ausgehend von den spezifischen Problemlagen und Bedürfnissen vor Ort wurden gemeinsam Bildungs- und Handlungskonzepte für eine demokratische Kultur entwickelt und umgesetzt. Konkrete Maßnahmen des Bildungsteams waren bspw. Konzeptentwicklung, Fortbildungen, thematische Workshops und die Begleitung von kontinuierlichen, regelmäßigen Angeboten in ausgewählten Sozialräumen. Durch gezielte Initiativen aus den Einrichtungen heraus wurde auch das Gemeinwesen der jeweiligen Region mit einbezogen.

Das Modellprojekt **RausWege. Deradikalisierung und Prävention** in der Resozialisierung wurde von den Bildungsreferent*innen der Institutionellen Förderung und der Geschäftsführung konzipiert, entwickelt und gemeinsam mit dem Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung als Verbundprojekt auf den Weg gebracht. Das Modellprojekt unterstützte und stärkte bestehende Regelstrukturen der freien Straffälligenhilfe sowie des Sozialen Dienstes der Justiz in Sachsen-Anhalt, um sowohl präventive als auch intervenierende Maßnahmen im Umgang mit der Radikalisierung für die Zielgruppe des politischen Rechtsextremismus innerhalb und außerhalb des Justizvollzugs zu entwickeln und umzusetzen, insbesondere in der kritischen Zeit nach der Haftentlassung. 2019 wurde das Modellprojekt durch die Kooperation mit dem Multikulturellem Zentrum Dessau um den Themenbereich Islamismus/religiös motivierte Radikalisierung erweitert. Dabei waren auch die Bildungsreferent*innen aus der IF im Einsatz.

Für die verschiedenen Angebote der Beratungsstellen und Jugendeinrichtungen führte das Beratungs- und Bildungsprojekt **Kompetenzstelle Eltern und Rechtsextremismus** für den Themenbereich Eltern und Rechtsextremismus passgenaue Qualifizierungen durch. Darüber hinaus wurden Akteur*innen der Jugendhilfe bei der Entwicklung und Durchführung von Beratungen und Maßnahmen bei o.g. Problemlagen fachlich begleitet. Dabei waren auch die Bildungsreferent*innen aus der IF im Einsatz.

Das Projekt **Frei(T)Räume erleben. Wege in einen demokratischen Alltag** legte seinen Schwerpunkt auf die Radikalisierungsprävention. Ziel des Projektes war es, an der Schnittstelle zwischen (Jugend)Haftanstalt(en) und belasteten Sozialräumen in Sachsen-Anhalt neue pädagogische Interventionsformate zu entwickeln, zu erproben und wissenschaftlich erörtern zu lassen, die auf unterschiedlichen Ebenen Einfluss auf rechtsextreme Radikalisierungsprozesse nehmen, diese unterbrechen und im günstigsten Fall unterbinden. Im Rahmen der Institutionellen Förderung begleiteten die Bildungsreferent*innen der IF das Modellprojekt.

Das Projekt **DaZugehört Viel(falt)** mit der Hauptzielgruppe Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, mit und/oder ohne Behinderung, mit und/oder ohne Migrationshintergrund setzte sich zum Ziel, Diskurse anzuregen und zu führen, die sich für eine vielfältige, weltoffene Gesellschaft einsetzen, für diese werben und Handlungsoptionen zu generieren, um sich gegen Rassismus und Intoleranz zu stellen und Vielfalt und deren Potentiale für das Individuum und die Gemeinschaft sicht- und erlebbar zu machen. Dazu wurden regelmäßige, wöchentliche Angebote zur Auseinandersetzung mit dem Thema Vielfalt (Workshops, Gesprächskreise und Trainings) im südlichen Sachsen-Anhalt angeboten. Initiierung und fachliche Begleitung erfolgte durch die Bildungsreferent*innen der IF.

Das Modellprojekt **my_responsibility. Für ein diskriminierungsfreies demokratisches Lernumfeld** wurde von den Bildungsreferent*innen der Institutionellen Förderung und der Geschäftsführung mit dem Ziel eines Aufbaus einer unabhängigen Fach- und Coachingstelle konzipiert, entwickelt und durch das Einwerben weiterer Projektmittel beantragt. Auch die praktische Arbeit des Projekts erfolgte mit Unterstützung der Bildungsreferent*innen der IF.

Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand während des Holocaust

Im Jahr 2019 ist es uns gelungen, unserer internationalen Kooperationen auszubauen. Mit dem renommierten United States Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. konnten wir einen fachlich versierten Partner für unsere politisch-historischen Bildungsarbeit gewinnen. Gemeinsam mit dem Museum und der Unterstützung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft war es uns so möglich, das Ausstellungsprojekt „Einige waren Nachbarn...“ zu realisieren.

In Anlehnung an die stationäre Ausstellung „Some Were Neighbors“ erarbeitete das United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) eine deutschsprachige Wanderausstellung, die ab 2019 inklusive Begleitmaterialien zur Verfügung stand.

Die Ausstellung fragt – jenseits der zentralen nationalsozialistischen Akteur*innen – nach den Täter*innen und Zuschauer*innen des Holocausts. Sie nimmt jene Menschen in den Blick, die sich im Deutschen Reich und im besetzten Europa an den Verbrechen beteiligten oder sie geschehen ließen. Sie widmet sich aber auch Menschen, die sich dem Nationalsozialismus widersetzen und ihre Mitmenschen nicht preisgaben. Sie fragt nach den Motiven und Hintergründen für Kollaboration, Täterschaft, Gleichgültigkeit und Widerstand. Sie thematisiert Handlungsspielräume und Entscheidungen für Menschlichkeit und Unmenschlichkeit in schwierigen Zeiten.

Die Ausstellung richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit, insbesondere aber an Jugendliche. Sie gibt Einblicke in die Auswirkungen der nationalsozialistischen Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik auf den Alltag. Sie ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang auf die Geschichte und auf die Frage nach ihrer Bedeutung für die Gegenwart. Besucher*innen der Ausstellung können Parallelen ihres eigenen Lebens zu den porträtierten Biografien von Nachbar*innen, Schüler*innen, Arbeiter*innen und Lehrer*innen erkennen. Sie werden angeregt sich mit der Bedeutung von Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung, aber auch von Solidarität und demokratischen Engagement in der heutigen Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Gefördert von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft brachte Miteinander e.V. Ausstellung vom 13. März bis zum 13. April nach Halle (Saale), vom 3. bis 27. September nach Gardelegen und vom 8. bis 30. Oktober nach

Magdeburg. Zur Ausstellung entwickelten wir ein spannendes Begleitprogramm mit Workshops für Jugendliche, öffentlichen Führungen, Lesungen und Vorträgen (vgl. Darstellung der Einzelmaßnahmen im Anhang).

Inhalt und Umfang der Maßnahmen

Das Team der Bildungsreferenten*innen arbeitet nachfrageorientiert, dem Charakter nach partizipativ und ressourcenorientiert.

*Fortbildungen für Multiplikator*innen der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit zu den Themenkomplexen Rechtsextremismus und Demokratie*

Miteinander e.V. hat 2019 im Rahmen seiner Institutionellen Förderung **43 Veranstaltungen** im Bereich „Fortbildungen für Multiplikator*innen und Multiplikatoren der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit“ zu den Themenkomplexen Rechtsextremismus, Demokratie, Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und rechtsautoritäre Diskursen durchgeführt. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden **1.078 Teilnehmende mit 1.544 Teilnehmendentagen** erreicht. Themenschwerpunkte bildeten die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld, aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus und Rassismus, Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und rechtsautoritäre Diskursen, Umgang und Handlungssicherheit mit rechtsorientierten Jugendlichen und rechten Eltern sowie Auseinandersetzung mit dem Neutralitätsgebot und dem Beutelsbacher Konsens ebenso wie die Weitergabe von Methoden und Konzepten zur Demokratiebildungsarbeit und historischen Bildung inkl. der Begleitung der Multiplikator*innen bei deren Umsetzung sowie die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur in Sachsen-Anhalt. Die Teilnehmenden an diesen Veranstaltungen stammen aus unterschiedlichsten Regionen des Landes Sachsen-Anhalt.

Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen standen die Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung, mit eigenen Handlungsoptionen, Rahmenbedingungen und (Vor-)Urteilen ebenso wie die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Facetten des Rechtsextremismus und Rassismus in Sachsen-Anhalt und die Erarbeitung von Möglichkeiten des Handelns im jeweiligen Arbeitsfeld der Teilnehmenden sowie Beratung und Begleitung von konkreten Fällen in der Praxis.

2019 gab es eine zunehmende Nachfrage von kirchlichen Akteur*innen und Einrichtungen, die aus ihrer christlichen Haltung heraus einen Umgang mit Herausforderungen von Demokratie und Rechtspopulismus suchen. Auch war erfreulicherweise die Nachfrage nach dem Thema Zivilcourage wieder stärker, so dass in Magdeburg sowohl ein ganztägiges Training als auch ein Aktionstag mit einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion durchgeführt wurden.

Höhepunkte 2019 waren unter anderem die Aktivitäten zum 20jährigen Jubiläum von Miteinander e.V.. So wurde ein **Erklärfilm** entwickelt und produziert, der die Arbeitsfelder von Miteinander e.V. vorstellt.

Teil der Jubiläumsaktivitäten war außerdem die **Fachtagung „Mehr als nur zur Wahl gehen. Formate politischer Bildung in Prävention und Sozialarbeit“** inkl. einer Sonderausgabe unseres Themenhefts als Tagungsdokumentation:

Politische Bildung bietet die Möglichkeit, sich (kritisch) mit der Umwelt, mit eigenen Erfahrungen und Vorstellungen, aber auch mit unterschiedlichen Perspektiven auf die Welt auseinanderzusetzen. Sie versucht, ganz im Sinn der Prävention, Menschen zu befähigen und anzuregen, sich ein eigenes Urteil zu bilden und aktiv an der Gestaltung ihres Lebensraums im Sinne demokratischer und an den Menschenrechten orientierter Werte mitzuwirken. Auch die Radikalisierungs- und Extremismusprävention orientiert sich an diesen Zielstellungen. Die Fachtagung widmete sich der Frage, wie und wo politische Bildung und Prävention ineinandergreifen. Welche Formate gibt es, und welche Erfahrungen mit deren Umsetzung? Ausgehend von den verschiedenen Perspektiven der Referent*innen ermöglichte die Fachtagung eine gemeinsame Auseinandersetzung der Teilnehmenden und Referent*innen mit praktischen Erfahrungen, Bildungsformaten und theoretischen Ansätzen.

Außerdem haben wir anlässlich des Jubiläums den **Praxistag „Irgendwie kriegen wir das schon hin. Rahmenbedingungen und Demokratiestärkung in der Jugend(sozial)arbeit in ländlichen Räumen“**:

Der Praxistag fand am 15. November in Stendal an der Hochschule Magdeburg-Stendal statt. Die Tagung war zugleich die Abschlussveranstaltung des Modellprojektes „my_responsibility. Für ein diskriminierungsfreies demokratisches Lernumfeld“. Wollen wir junge Menschen stärken, müssen wir vor allem all jene Fachkräfte und Ehrenamtliche bestärken, die sich im Arbeitsfeld der Jugend(sozial)arbeit tagtäglich engagieren. Geringe kommunale Förderung, personelle Engpässe, fehlende Lobby und gezielte Anfeindungen aus Politik und Gesellschaft stellen die Jugend(sozial)arbeit im Land Sachsen-Anhalt vor immer größere Herausforderungen. Insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen fehlt es an Angeboten bei zeitgleich wachsenden Aufgaben. Unser Fachtag diente dem Austausch und der Vernetzung für Akteur*innen der Jugendsozialarbeit. Ebenso wurde ein Raum geschaffen, um sich gegenseitig zu empowern, um auch weiterhin für dieses wichtige Arbeitsfeld und die Anliegen junger Menschen einzutreten. Der Praxistag begann mit einer Bestandsaufnahme durch die Fachvorträge „Prekäre Arbeitsverhältnisse, Ohnmacht und Empowerment der Sozialen Arbeit“ (Fabian Pfister, DGB Sachsen-Anhalt), „Aufwachsen in Sachsen-Anhalt“ (Inga Wichmann, Kinder- und Jugendring) sowie „Demokratiegefährdende Tendenzen in ländlichen Räumen“ (Prof. Dr. Benno Hafenecker).

Mit den Workshops „Demokratie-Empowerment in ländlichen Räumen“ (Jacob Beuchel, Miteinander e.V.), „Netzwerkarbeit als Grundlage für gelingende Jugend(sozial)arbeit in ländlichen Räumen“ (Cathleen Hoffmann, Miteinander e.V.), „Der Debate Robot im Einsatz!“ – Wie Digital Streetwork funktionieren kann“ (Theresa Lehmann, Amadeu Antonio Stiftung) und „Jugendarbeit von Rechts“ (Eva Grigori, Fachhochschule St. Pölten) diskutierten wir praxisnahe Handlungsstrategien und entwickelten sie weiter.

Jugendbildung: Maßnahmen zur politischen und historisch-politischen Bildung sowie zur Demokratieerziehung

Das Bildungsteam von Miteinander e.V. hat 2019 **19 Veranstaltungen** im Bereich Demokratiebildung sowie der politischen und historisch-politischen Bildung mit insgesamt **3.123 Teilnehmendentagen** umgesetzt.

Themenschwerpunkte bildeten die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex emanzipatorischen Demokratie- und Menschenrechtsbildung, Nationalsozialismus, aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus sowie die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur in Sachsen-Anhalt. Im Rahmen dieser Seminare, Workshops, Projektstage und Ausstellungen wurden **528 Teilnehmende** erreicht. Die Teilnehmenden dieser Veranstaltungen stammen aus unterschiedlichsten Regionen des Landes Sachsen-Anhalt. Schwerpunktmäßig richteten sich diese Angebote sowohl an Jugendliche, Schüler*innen, Teilnehmende aus Freiwilligen Sozialen Diensten als auch an Multiplikator*innen und Fachkräfte, die in unterschiedlichen Fachgebieten mit Jugendlichen arbeiten so z.B. aus dem Bereich Sport, Ökologie und Soziales.

Als Höhepunkte 2019 sind zu nennen:

- **Unterstützung und Erarbeitung von unterschiedliche (Bildungs-)Formaten in Zusammenarbeit mit der „Grünen Villa“ in Halle/Neustadt für und mit bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen**, aber mit auch Bewohner*innen des Stadtteils, z.B. „Tatort Neustadt“, „Beatlabor“, „Ideenküche“ zur Stärkung von Mitsprache und Engagement im Stadtteil, Auseinandersetzung mit rassistischen Diskursen, Radikalisierung sowie zur politischen Bildung.
- **Prison-Slam-Projekt:** In den Workshops setzten sich die Teilnehmer unter fachlicher Begleitung mit ihrer eigenen Biografie, ihren Wünschen und gesellschaftlichen Themen auseinander. Mittels verschiedener Formen von Textarbeit und Performanceelementen wurden die Teilnehmer angeleitet, der eigenen Identität und versteckten Emotionen näher zu kommen. Als Höhepunkt des Projekts fanden zwei öffentliche „Poetry -Prison Slams“ in der Jugendanstalt Raßnitz statt. Im Workshop entstanden zahlreiche poetische Texte, welche die Suche und die Auseinandersetzung der Teilnehmer mit dem jeweils ausgewählten Thema widerspiegeln (in Zusammenarbeit mit dem Modellprojekt „Frei(T)Räume erleben“).
- Im Offenen Vollzug der JVA Halle führten wir ein mehrmonatiges Projekt zur **Erstellung eines Radiobeitrags** durch. Das Freie Radio als kultur- und medienpädagogisches Format, in dem Menschen befähigt werden sollen, Öffentlichkeit im Sinne der Meinungsvielfalt mitzugestalten, eignete sich zum Erwerb von Medienkompetenz und zur Auseinandersetzung mit Inhalten, die jeder Teilnehmende individuell in die Gruppe einbringen konnte (in Zusammenarbeit mit dem Modellprojekt „Frei(T)Räume erleben“).

Wir versichern, dass keine geschlossenen Klassenverbände an Maßnahmen teilgenommen haben, die aus Mitteln im Rahmen des Zuwendungsvertrages finanziert und abgerechnet wurden.

Vernetzung und Gremienarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie

Die Geschäftsführung und das Bildungsteam von Miteinander e.V. sind in eine Vielzahl von Initiativen, Arbeitskreisen, Bündnissen, Runden Tischen und Netzwerken eingebunden. Themenschwerpunkte bildeten 2019 die Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen in der Arbeit für Demokratie und Menschenrechten im Themenfeld Rechtsextremismus sowie die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur in Sachsen-Anhalt; insbesondere mit Themen wie Flucht und Asyl und rassistische Mobilisierungen bzw. dem Neutralitätsgebot und dem Beutelsbacher Konsens.

Im Jahr 2019 begleiteten Bildungsteam und Geschäftsführung bundesweite, landesweite und regionale Gremien bzw. waren dort Mitglied. Einen regionalen Schwerpunkt in der Vernetzung und Gremienarbeit bildete das SoNet – Soziales Netzwerk für weltoffene und demokratische Jugend- und Sozialarbeit im Altmarkkreis Salzwedel, welches als besonders lebendiges und arbeitsreiches Gremium zu beschreiben ist. In Magdeburg koordinierte die Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg das Bündnis gegen Rechts sowie gemeinsam mit dem Jugendamt die Partnerschaften für Demokratie und gemeinsam mit dem Beigeordneten für Kommunales die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg bei der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. In Absprache mit den Partnern vertritt die Netzwerkstelle diese in landesweiten und überregionalen Netzwerken.

Auf Landesebene arbeitete Miteinander e.V. u.a. kontinuierlich im Runden Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit, und der Arbeitsgruppe der Jugendbildungsreferent*innen. Zum Wissenstransfer und zum Fachaustausch arbeitete Miteinander e.V. thematisch auch in bundesweiten Gremien: dem Arbeitskreis Erinnerung und Menschenrechte (EVZ), dem Arbeitskreis Gender und Rechtsextremismus (AAS), der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD), der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, dem Verstärkernetzwerk (BpB) und der Arbeitsgruppe Zivile Konfliktbearbeitung im Inland der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Zielgruppen der Bildungsangebote

Um die Bildungs- und Beratungsarbeit als Antwort auf die Herausforderungen wirkungsvoll und nachhaltig zu gestalten, konzentriert sich Miteinander bewusst auf festgelegte Schwerpunkte. Um trotz des begrenzten Personalstandes landesweit möglichst viele Menschen erreichen zu können, richten sich die Aktivitäten des Bildungsteams nicht nur auf Kinder und Jugendliche, sondern insbesondere auf Multiplikator*innen und Akteur*innen der Jugend- und Bildungsarbeit sowie auf Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik. Miteinander entwickelt darüber hinaus Beratungsangebote für Engagierte und Verantwortungsträger*innen in Sachsen-Anhalt. Das Bildungsteam von Miteinander e.V. entwickelt und erprobt verschiedene Modelle in der Jugend- und Erwachsenenbildung, die sich insbesondere der Bearbeitung von Vorurteilsstrukturen sowie der Förderung von Empathievermögen, demokratischem Engagement, Menschenfreundlichkeit und Weltoffenheit widmen.

Wie bereits erwähnt, werden die Angebote des Bildungsteam von Miteinander stark nachgefragt, d.h. die Bildungsreferent*innen reagieren auf einen Bedarf, der ihnen signalisiert wird. Darüber hinaus werden alle Veranstaltungen vor Ort mit Kooperationspartnern vorbereitet, die meist die Interessen und Wünsche der potentiellen Teilnehmenden sehr gut beschreiben und abschätzen können. Dort wo es geht, werden die Veranstaltungen auch mit den Teilnehmenden selbst intensiv vorbereitet. Nicht zuletzt sind die Veranstaltungen von Miteinander e.V. zielgruppenorientiert angelegt und setzen auf Partizipation der Teilnehmenden, so dass auf die Bedürfnisse und Wünsche der Teilnehmenden eingegangen werden kann. Darüber hinaus liefern die Auswertungs- und Feedbackrunden wichtige Hinweise für weitere Veranstaltungen und die Entwicklung neuer Angebote und Konzepte. Die Einübung demokratischen Handelns und die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus brauchen Kontinuität und Langfristigkeit. Wir sind bestrebt, neben der Vermittlung von Kenntnissen über demokratische Strukturen und Prozesse Demokratie vor allem erfahr- und erlebbar werden zu lassen. Daher haben für uns demokratische Strukturen an den Einrichtungen als Lerngelegenheit und Kontext zentrale Bedeutung, da sie umfassende Aushandlungs-, Feedback- und Konfliktlösungsprozesse bieten und somit den Erwerb von notwendigen Kompetenzen fördern.

Teilnehmer*innengewinnung, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation

Miteinander e.V. hat sich als Fachträger im Bereich Demokratieentwicklung, Menschenrechtsbildung und Rechtsextremismus etabliert. Daher wird die Arbeit der Bildungsreferenten*innen stark nachgefragt. Als Kooperationspartner wirkten u.a. örtliche Jugendämter, Verwaltungen, kirchliche Strukturen, Schulen, Netzwerke und Vereine, Arbeitskreise, Initiativen, Bündnisse und Jugendeinrichtungen. Zur Werbung für eigene Veranstaltungen wurde Öffentlichkeitsarbeit über die Presse, Flyer, E-Mail-Verteiler und zunehmend auch über das Internet betrieben. Durch die enge Vernetzung mit weiteren Miteinander-Projekten können zudem Synergieeffekte genutzt werden.

Miteinander e.V. hat durch seine Teilprojekte Arbeitsstelle Rechtsextremismus, Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg und im Rahmen der Modellprojekte Öffentlichkeitsarbeit (in Hinblick auf Print, Hörfunk und TV) betrieben. Die Geschäftsstelle von Miteinander e.V. trug durch Pressemitteilungen, dem Themenheft und die Betreuung der Internetseite zu einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit bei. Anlassbezogen wurden zudem Hintergrundpapiere als kostenlose Downloads herausgegeben.

Veröffentlichungen			
Titel	Herausgeber	Inhalt	
miteinanderthema	Miteinander e.V.	miteinanderthema greift in loser Folge Themen aus unserer Arbeit und dem gesellschaftlichen Diskurs auf und vertieft sie. 2019 erschien #7: "Mehr als nur zur Wahl gehen." Formate politischer Bildung in Prävention und Sozialarbeit.	
miteinanderaktuell (digital)	Miteinander e.V.	miteinanderaktuell informiert in kompakter Form über rechtsextreme Ereignislagen oder aktuelle Debatten im Themenfeld. 2019 erschienen: <ul style="list-style-type: none"> • "Der Osten steht auf." Zur Semantik der AfD im ostdeutschen Wahlkampf • "Mutig sein kann man lernen." Hürden und Empfehlungen für Zivilcourage 	
Jahresbericht 2018 (digital)	Miteinander e.V.	Dokumentation der Arbeit von Miteinander e.V. und seinen Projekten mit Fokus auf die Tätigkeit im Rahmen der Institutionellen Förderung	
Auf den Film gebracht: 20 Jahre Arbeit für Demokratie	Miteinander e.V.	20 Jahre Miteinander e.V. – das sind 20 Jahre Engagement und Kompetenz für eine offene Gesellschaft. Wir haben unser Vereinsjubiläum zum Anlass genommen, um mit einem kleinen Imagefilm unsere breit gefächerte Arbeit für Demokratie vorzustellen. Vielen Dank an das Team von 123COMICS für die Realisierung.	
Die 'Neue Rechte' in Sachsen-Anhalt. Mythos, Realität, Gegenkultur (digital)	Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis e.V.	Am 29. September 2018 haben wir gemeinsam mit der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. einen Fachtag zur „Neuen Rechten“ in Sachsen-Anhalt durchgeführt. Die Konferenz warf einen detaillierten Blick auf Inhalte, Strukturen und Strategien der sogenannten Neuen Rechten und fragte nach den Zielen, Möglichkeiten und Grenzen ihres Handelns. Zugleich bot die Tagung Raum für die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sowie für die Diskussion über die Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsextremismus. Die Broschüre präsentiert die Fachvorträge und Ergebnisse der Tagung.	
Ich & Ich. Ein Malereiprojekt in der Jugendanstalt Raßnitz	Miteinander e.V.	Der Katalog präsentierte die Ergebnisse eines Malerieworkshops im Rahmen unseres Modellprojekts "RausWege. Deradikalisierung und Prävention in der Resozialisierung", das 2019 an der Jugendanstalt Raßnitz mit Inhaftierten durchgeführt wurde.	
Prison Slam. JA Raßnitz 2019	Miteinander e.V.	Im Frühjahr 2019 führten wir in Kooperation mit der Künstlerin Jessy James LaFleur an der Jugendanstalt Raßnitz mit jungen Inhaftierten den Workshop „Spoken Words – Prison Slam“ durch, den wir mit dieser Broschüre dokumentieren. Die Teilnehmenden haben eigene Texte verfasst, diskutiert und mit der Spoken-Words-Künstlerin weiterentwickelt. Mit Aspekten aus den Bereichen Rap, Literatur, Dada und Poetry Slam wurde die eigene Identität ergründet und sich versteckter Emotionalität angenähert. In dem mehrwöchigen Workshop flossen zudem die Ansätze zur Radikalisierungsprävention von Miteinander e.V. ein. Am Ende stand die beeindruckende öffentliche Darbietung der erarbeiteten Texte.	
RausWege On Air	Miteinander e.V. und Radio Corax	Macht Geld glücklich? Was ist ein fairer Lohn? Was macht eine gute Kita aus? Wie arbeiten eigentlich Familiengerichte? Wie geht es Menschen in Halle, die vor dem Krieg hierher geflohen sind, und wie sind sie inzwischen angekommen? Fünf Radioneulinge wollten es wissen. Sie recherchierten zu den Themen Arbeit und Geld, Sorgerecht sowie Flucht und Krieg. Entstanden ist dabei ein spannendes Hörfeature im Rahmen unseres Modellprojekts "RausWege. Deradikalisierung und Prävention in der Resozialisierung" in Kooperation mit Radio Corax, das vielfältige Stimmen zu den unterschiedlichen Fragen einfängt.	

Qualitätsentwicklung und Selbstevaluation

Der Verein Miteinander hat in den vergangenen Jahren verschiedene Instrumente der Qualitätsentwicklung und -sicherung in seiner Arbeit etabliert, an denen auch alle Einzelprojekte des Vereins partizipieren. Hierzu gehören vor allem die jährlichen Klausurtagungen. Diese dienen der besseren Erschließung von Synergien, der Reflexion der Arbeit, der Fortentwicklung von Beratungs- und Bildungskonzepten sowie der Vergewisserung und Korrektur von Grundannahmen für die Bildungs- und Beratungsarbeit. Hinzu kommt ein regelmäßiges Treffen des Bildungsteams, in welchem wichtige Methoden Ansätze und Konzepte der Demokratiebildungsarbeit in einer kollegialen Fallbesprechung erörtert werden. Darüber hinaus gibt es monatliche Treffen von Vertreter*innen aller Projekte bei Miteinander zur gegenseitigen Information und der Erörterung jeweils eines aktuellen Themenschwerpunktes sowie ein monatliches Treffen aller unterschiedlichen Miteinander- Projekte der jeweiligen Regionalbüros. Der Verein legt zudem – angesichts der dynamischen Entwicklung der rechtsextremen Szene – großen Wert auf eine beständige und auf die individuellen Bedürfnisse der Mitarbeiter*innen zugeschnittene Fort- und Weiterbildung. Darüber hinaus gewährt der Träger allen Mitarbeiter*innen Freiräume zur individuellen Fortbildung.

Gender Mainstreaming und Inklusion

Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion sind für unsere Arbeit verpflichtend. Um Formen von Benachteiligung zu verhindern, legt der Verein deshalb sowohl bei den Inhalten als auch bei der Durchführung seiner Aktivitäten großen Wert auf die Berücksichtigung dieser Belange. Die Grundsätze einer gleichberechtigten und gleichwertigen Teilhabe verschiedener Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlicher Orientierung, Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen, Einstellungen oder körperlichen und geistigen Voraussetzungen sind daher in der Arbeit zwingend.

Bezogen auf die Bildungsarbeit impliziert dies eine subjekt-, handlungs-, interessen- und ressourcenorientierte Vorgehensweise, deren Ziel es ist, Kompetenzen zu vermitteln, die zu einem demokratischen Handeln befähigen. Erwachsene und Jugendliche werden vor dem Hintergrund ihrer Lebensgeschichte und ihren Erfahrungen von Miteinander als subjektiv Handelnde, sich selbst bewusster und selbstbestimmungsfähiger Subjekte begriffen. Dabei reflektieren und berücksichtigen wir in der Bildungs- und Beratungsarbeit ihre Kompetenzen, Ressourcen sowie ihre spezifischen Erfahrungen und Problemlagen.

Themen wie Gender, Gleichstellung, Diversity und Inklusion können dabei selbst Gegenstand der Auseinandersetzung und Reflexion während der gesamten Projektlaufzeit sein. Darüber hinaus streben wir in der Bildungs- und Beratungsarbeit eine geschlechterparitätische sowie möglichst heterogene Besetzung des Personals an.

Die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Geschlechter sowie die Berücksichtigung ihrer spezifischen Erfahrungen gilt als Qualitätskriterien aller Projekte des Vereins. Eine explizite Bearbeitung der Fragen zu Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Aspekten im Themenfeld Rechtsextremismus fand im Rahmen des Modellprojektes „Rollenwechsel. Geschlechterreflektierende Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ (2011 – 2014) in Trägerschaft von Miteinander e.V. statt und lieferte wiederum Impulse für andere Projekte im Verein. Darüber hinaus strebt Miteinander e.V. in der Bildungs- und Beratungsarbeit eine geschlechterparitätische Besetzung des Personals an.

In der täglichen Beratungs- und Bildungsarbeit ist Gender Mainstreaming ebenso verbindlich (Sprachregelungen in Publikationen, Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Bedürfnisse in Veranstaltungen, weibliche und männliche Ansprechpartner in den Beratungsteams etc.).